

10.03.2010 - 08:00 Uhr

Media Service: Heute in der "Handelszeitung" vom 10. März 2010

Zürich (ots) -

Top-Ökonom Hans-Werner Sinn: "Die Politik muss gegenüber den Banken hart bleiben"

Der Top-Ökonom Hans-Werner Sinn warnt: "Bei den Banken stehen noch gigantische Eigenkapitalverluste an." Die Politik müsse jetzt hart bleiben und für eine klare Regulierung des Finanzsektors sorgen. "Wenn wir nicht Ruhe ins System bringen und diese zyklischen Übersteigerungen reduzieren, wird das die Marktwirtschaft zugrunde richten", sagt Sinn im Interview mit der "Handelszeitung". Sinn fordert, dass die Banken weltweit ihr Eigenkapital in die Höhe schrauben. Damit lasse sich das Bankensystem stabilisieren. "Die nötige Eigenkapitalregulierung lasse sich leicht bewerkstelligen", ist Sinn überzeugt. Die Schweiz wird laut Sinn wegen ihrer starken Finanzindustrie auch künftig krisenanfällig sein. "Insofern sollte auch die Schweiz ein Interesse daran haben, ihre Banken besser zu regulieren, und sich von der Vorstellung einer Selbstregulierung verabschieden." Nur wenn das nicht gelinge, müsse sich die Schweiz an die Zerschlagung der beiden Grossbanken machen. Droht sonst der Schweiz in einer nächsten Krise ein ähnliches Schicksal wie Island? "Diese Problematik muss nun offen angesprochen werden", fordert Niklaus Blattner, ehemaliger Vizepräsident der SNB. "Es geht darum, die Gefährlichkeit der Grossbanken auf die wirtschaftliche und politische Risikofähigkeit der Schweiz abzustimmen." In der Schweiz ist allein die Bilanzsumme der UBS viermal so gross wie das Bruttoinlandprodukt (BIP).

Jacques Mechelany, CEO Bank of China (Suisse): "Die Nachfrage explodiert regelrecht"

Mitten in der Finanzkrise eröffnete die Bank of China in Genf ihre Schweizer Tochter Bank of China (Suisse) SA. "Es ist uns gelungen, innerhalb von zwölf Monaten eine neue Schweizer Bank aufzubauen, die funktioniert", sagt Jacques Mechelany, CEO Bank of China (Suisse) gegenüber der "Handelszeitung". Zudem hätte sich der Brand "Bank of China" im Private Banking etabliert, was innerhalb so kurzer Zeit keine Selbstverständlichkeit sei. Für den weiteren Geschäftsverlauf glaubt Mechelany, dass das Swiss Private Banking einem wachsenden Bedürfnis entspricht. "Unsere Kunden wollen ihr Vermögen in einem sicheren, stabilen und hochprofessionellen Umfeld verwalten. Die Nachfrage explodiert regelrecht", sagt Mechelany. Auch längerfristig zeigt sich Mechelany ambitiös. "Die Bank of China hat das Ziel, einer der Leader im Private Banking in China zu werden", sagt er. Dass sich die Bank damit zur grössten Privatbank der Welt mausert, sei nicht undenkbar.

Energiebranche: Krach um brisante Studie

Unter der Leitung des Aargauer Regierungsrates Peter C. Beyeler steckten 2009 prominente Wirtschaftsführer wie Shell-CEO Peter Voser, ABB-Managerin Jasmin Staiblin und Axpo-CEO Heinz Karrer die Köpfe zusammen, um die drohende Stromverknappung in der Schweiz zu diskutieren und mögliche Lösungen aufzuzeigen. Ende 2009 publizierte die Gruppe die Studie "Energie-Strategie 2050". Nun aber wehrt sich ausgerechnet die vereinte Schweizer Energiebranche gegen das Papier,

das haben Recherchen der "Handelszeitung" ergeben. "Man hat sich hier wohl verrannt", sagt Jürg E. Bartlome vom Energieforum Schweiz stellvertretend für die Präsidenten der Strom-, Erdöl- und Erdgasbranche. Die Verbände werfen der Gruppe um Regierungsrat Beyeler vor, sie ignoriere die zentrale Rolle der Energieverbände bei der Meinungsbildung. "Verbände haben die Kernaufgabe, in ihrer Branche Meinungsbildung zu betreiben", sagt Josef A. Dürr, Direktor des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE). "Der Dialog muss künftig breiter abgestützt werden", so Dürr weiter. Regierungsrat Peter C. Beyeler nimmt die Kritik an der Studie gelassen: Ziel der Studie sei es, die möglichen Strategien im Kampf gegen die Stromknappheit aufzuzeigen, ohne sie "durch Partikularinteressen einseitig zu gewichten". Seine Gruppierung werde ihre Arbeit darum fortführen. Unter Bundespolitikern sei die Studie jedenfalls gut angekommen, so Beyeler.

Kandidaten für den Post-Verwaltungsrat: 30 externe Bewerbungen

Nach Informationen der "Handelszeitung" lief vergangene Woche die Frist zur Einreichung möglicher externer Kandidaten für den Post-Verwaltungsrat ab. Gesammelt wurden die Namen von Hans Werder, Generalsekretär des Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek). Uvek-Sprecher Daniel Bach erklärt: "Die Gesamterneuerung des Post-VR wird durch eine Arbeitsgruppe vorbereitet, der Uvek-Generalsekretär Hans Werder und Peter Siegenthaler, Direktor der Finanzverwaltung, angehören." Da es im VR der Post mehrere Vakanzen gebe, habe die Arbeitsgruppe "eine externe Agentur damit beauftragt, aktiv nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für den VR zu suchen". Daneben seien mehr als 30 externe Bewerbungen eingegangen. Ein Kandidat stammt von der autonomen Gewerkschaft der Post, ein anderer aus den Reihen der Schweizer Versandhändler.

Ascom-Chef Riet Cadonau: "Es gibt keine Pläne für eine Kapitalerhöhung"

Der Technologiekonzern Ascom hat das Krisenjahr 2009 erstaunlich gut überstanden und verfügt über genügend Liquidität. CEO Riet Cadonau erklärt im Interview mit der "Handelszeitung", man habe "eine tiefe dreistellige Millionensumme" in der Kasse. "Die Liquidität des Unternehmens ist solide und wir haben einen entsprechenden Handlungsspielraum." Weitere Zukäufe will Cadonau mit selbst erwirtschaftetem Geld bezahlen: "Es bestehen keine Pläne für eine Kapitalerhöhung. Eine allfällige Akquisition wird primär aus eigenen Mitteln finanziert." Für das 20-Prozent-Aktienpaket, das die Zürcher Kantonalbank hält, könnte sich 2010 eine Lösung finden lassen. "Ich schliesse nicht aus, dass das Thema "neue Investoren" im Jahr 2010 angegangen wird, gerade weil das Unternehmen nun auf einer soliden Basis steht." Das sehe auch VR-Präsident Juhani Anttila so. Cadonau: "Wir arbeiten sehr gut zusammen und pflegen einen regelmässigen Austausch. Und, ganz wichtig: Wir erzielten bis heute in allen fürs Unternehmen wichtigen Punkten Konsens."

Kurzarbeit: Firmen sind erleichtert über Verlängerung auf 24 Monate

Die Verlängerung der Kurzarbeitsentschädigung von 18 auf 24 Monate stösst bei Schweizer Firmen auf Zustimmung. "Der Entscheid des Bundesrates kommt uns gelegen", erklärt Hansueli Schürch, Personalleiter der Fritz Studer AG in Thun. Der zum deutschen Schleifring-Konzern gehörende Hersteller von Rundschleifmaschinen hat im Mai 2009 Kurzarbeit eingeführt; und mit der 18-Monate-Regelung wäre damit im Oktober 2010 Schluss gewesen. Studer ist nur eine von

aktuell rund 3000 Firmen, die weiterhin in Kurzarbeit sind. Besonders betroffen ist die exportorientierte Maschinenindustrie. Swissmem, die Branchenorganisation, hat sich deshalb in den letzten Monaten vehement für eine Verlängerung auf 24 Monate eingesetzt. Swissmem-Präsident Johann N. Schneider-Ammann ist ebenfalls froh um den bundesrätlichen Entscheid. "Zwar erholen sich die Märkte, aber nur zögerlich, und es fehlen weiterhin die Volumina für eine Vollausslastung." Swissmem, deren Mitglieder seit Beginn der Krise 20 000 von insgesamt 345 000 Stellen strichen, rechnet mit weiteren 10 000 Entlassungen in den nächsten Monaten. Insgesamt ist das Instrument der Kurzarbeit kein Allheilmittel, ermöglicht aber eine gewisse Schadenbegrenzung. Für Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), ist klar: "Ohne das Instrument der Kurzarbeit läge die Arbeitslosenquote schon jetzt deutlich höher."

Kontakt:

Nähere Auskunft erteilt Ihnen gerne Herr Martin Spieler, Chefredaktor "Handelszeitung" Zürich, Tel 043 444 59 00

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100599589> abgerufen werden.